

Es gab die Home-Office-Gesellschaft, die es sich daheim gemütlich machen konnte. Und es gab die Gewerbler, die hinausmussten. Haben Sie eine Spaltung der verschiedenen Branchen festgestellt?

Plutzer: Nein, ich hatte nicht das Gefühl, dass die Mitarbeitenden in der Gastrobranche missgünstig gegenüber dem Personal in anderen Branchen waren. Aber hart war es schon. Viele mussten fünf bis sechs Monate lang auf 20 Prozent ihres Lohns verzichten.

Bigler: Bei einem Mindestlohn von 4000 Franken bekommen Sie in der Kurzarbeit plötzlich noch 3200 Franken – brutto. Dann müssen Sie schauen, wie Sie durch den Monat kommen.

Die Gastronomie oder der Tourismus waren stärker vom Corona-Regime betroffen als andere. Warum eigentlich?

Plutzer: Die Schweiz hat drei heilige Kühe: das Gesundheitswesen natürlich, die Bildung und den öffentlichen Verkehr. Das sind alles staatliche Bereiche, in denen lange zu wenig gegen die Pandemie unternommen wurde, obwohl es dort erwiesenermassen zu mehr Ansteckungen kam. In den Zügen beispielsweise wurden die Abstände nicht eingehalten, es gab keine Hygienevorschriften. Wer dort seine Cola und sein Sandwich konsumieren wollte, konnte dies ungestört tun. In der Gastrobranche hingegen haben wir Konzepte entwickelt, die Restaurants ausgemessen, umstellt, Plexiglas verbaut – und mussten dann trotzdem nochmals für längere Zeit schliessen. Ganz offensichtlich gab es ein paar Branchen, bei denen es dem Bundesrat nicht schwerfiel, bis ins kleinste Detail zu regulieren.

Bigler: Das ist eines der Hauptprobleme: Man kann uns bis heute nicht genau sagen, wo sich die Leute anstecken; primär wohl in der Familie. Wir haben unsere Schutzkonzepte sozialpartnerschaftlich, also unter Mitsprache der Arbeitnehmer, ausgestaltet und laufend angepasst. Und das hat auch bestens funktioniert. Nicht das Home-Office hat die Gesellschaft gespalten. Sondern die bis heute andauernde Inkohärenz der behördlichen Massnahmen.

Massnahmen, die von gut bezahlten Bundesbeamten im sicheren Home-Office mitgestaltet worden sind.

Bigler: Viele Entscheide waren tatsächlich die Entscheide von Schreibtischträgern, die die Realität in der Arbeitswelt völlig verkennen. Bundesrat Berset hat immer gesagt, man verordne keine symbolischen Massnahmen. Dabei hat man zig Auflagen gemacht, deren Einhaltung man ja gar nicht überprüfen kann und die somit völlig nutzlos sind. Beispielsweise die Obergrenze von 30 Personen bei privaten Treffen: Selbst Berset konnte sich kürzlich nicht mehr an diese Regel erinnern.

Plutzer: Der Bundesrat hat auch immer betont, dass man bei jeder Massnahme die gesellschaftlichen Aspekte mitberücksichtige. Doch hat er das nie wirklich gemacht. Natürlich ist die Gesundheit am wichtigsten. Ihr Schutz bedingt jedoch, dass man die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekte einbezieht.

Der Bundesrat hat nach dem jeweiligen Wissensstand gehandelt. Sie machen es sich jetzt etwas zu leicht mit Ihrer Endabrechnung.

Plutzer: Vielleicht hat man nach dem damaligen Wissensstand gehandelt, aber es fehlte auch die Bereitschaft, es besser wissen zu wollen. Oft wurde nicht evidenzbasiert gehandelt. Eine offene Diskussionskultur hätte geholfen. Dazu kommen unerklärliche Widersprüchlichkeiten in der Pandemiepolitik. Ich kann Ihnen dazu gerne ein aktuelles Beispiel aus dem Haus BAG liefern.

Gern.

Plutzer: Bei der letzten Pressekonferenz hat ein Journalist gefragt, ob es nach der Aufhebung der Zertifikatspflicht immer noch möglich sei für einen Restaurantbetreiber, auf freiwilliger Basis bei den Gästen nach einem Zertifikat zu verlangen. Und wissen Sie, was der Chefjurist des BAG geantwortet hat?

Sagen Sie's uns.

Plutzer: Ja, das sei weiterhin möglich mit der Bedingung – ich zitiere –, «niemanden zu diskriminieren». Seit Monaten sind wir angehalten, Gäste aufgrund

ihres Impfstatus auszuschliessen, und jetzt kommt das BAG und sagt: Zertifikat ja, aber bitte ohne Diskriminierung bestimmter Gäste.

Gab es einen Punkt in dieser Pandemie, an dem Sie gemerkt haben: Jetzt entfernt sich der Bundesrat von den Anliegen Ihrer Verbände?

Bigler: Bei der ersten Welle bewies der Bundesrat Leadership. Er hat rasch reagiert und die Lage schnell unter Kontrolle gebracht. Der Gewerbeverband hat auch rasch gehandelt und zusammen mit seinen Branchenverbänden ein Öffnungskonzept ausgearbeitet. Darin verbrieft waren unter anderem der gezielte Schutz der Risikogruppen und Vulnerablen, Schutzkonzepte für Betriebe, Teststrategien und Impfen. Das Papier wurde von beiden Räten in der Sondersession im Mai 2020 gutgeheissen und floss ins Covid-Gesetz ein. Von da an hat sich der Bundesrat vom risiko-basierten Ansatz der Pandemiebewältigung verabschiedet, und er hat begonnen, eine Massnahme auf die andere zu tischen, ohne jegliche Prüfung der Verhältnismässigkeit.

Plutzer: Ich teile diese Einschätzung. Zu Beginn der Pandemie waren wir mit mehreren Bundesräten im Kontakt. Auf die zweite Welle hin hat sich das ganze Gefüge verschoben, bis dahin normale Prozesse sind plötzlich anders verlaufen.

Wie meinen Sie das?

Plutzer: Ganz einfach: Der Einzige, der von da an das Sagen hatte, war Gesundheitsminister Berset.

Die sieben Bundesräte entscheiden als Kollegialbehörde.

Plutzer: Wenn wir an ein Regierungsmitglied gelangt waren, hiess es plötzlich: Wir reden unseren Kollegen nicht in ihr Departement und ihre Geschäfte hinein. Das war doch sehr speziell, zumal es ja eben nicht nur allein um die Gesundheit geht, sondern auch um die Wirtschaft, um die Gesellschaft, um unser Land.

Bigler: Für alle wichtigen Themen gibt es einen Ausschuss im Bundesrat, für die Sicherheitspolitik, die Europafrage. Und ausgerechnet in der Krisenbewältigung während einer Jahrhundertpandemie hat ein einziges Departement allein das Sagen?

Woran haben Sie diese Machtkonzentrierung sonst noch festgestellt?

Bigler: Es war die Zeit, als das Departement Berset begann, den anderen Bundesräten die nötigen Unterlagen jeweils erst kurz vor den Sitzungen zukommen zu lassen ...

Plutzer: ... nachdem es seine Anträge offenbar bereits bestimmten Medien hatte zukommen lassen.

Bigler: Das ist ein ganz kritischer Punkt. Berset hat damit angefangen, in seiner Kommunikationsführung bestimmte Medien einzuspannen, allen voran den «Blick». Was aus heutiger Sicht nicht überrascht, nachdem ja bekanntgeworden ist, dass der Ringier-CEO Marc Walder seine Redaktionen angehalten hatte, die Regierung zu unterstützen.

Aber es gab ja auch noch die Legislative, die Kantone und die Verbände.

Bigler: Das Parlament hatte während der ausserordentlichen Lage gestützt auf die Gesetzeslage nichts zu melden, in der besonderen Lage nur wenig. Wir mussten ja sogar dafür kämpfen, dass die Sozialpartner und die Kantone überhaupt einbezogen wurden bei geplanten Massnahmen, von denen sie betroffen sind. Der Bundesrat wollte das eigentlich nicht. Berset hat dieses Ungleichgewicht genutzt und sein einseitiges Spiel aufgezogen. Und die anderen Bundesräte liessen ihn gewähren.

Vielleicht liessen sie Berset mit dem Krisenmanagement auch allein?

Bigler: Man weiss ja, dass sich etwa Finanzminister Ueli Maurer wehrte und seine Sicht der Dinge immer wieder einmal zum Ausdruck brachte. Und ich gehe davon aus, dass der Bundesrat über die Dominanz von Berset diskutierte.

Berset konnte nie durchregieren. Das föderalistische Schweizer System und die Vernehmlassungen zwischen Bund und Kantonen haben dazu geführt, dass die Schweiz einigermaßen freiheitlich durch die Krise kam.

«Nicht das Home-Office hat die Gesellschaft gespalten. Sondern die bis heute andauernde Inkohärenz der behördlichen Massnahmen.»

Hans-Ulrich Bigler

Bigler: Ich gebe Ihnen recht. Wir haben es besser gemacht als andere Länder. Aber man muss auch sagen: Viele Länder haben es auch extrem schlecht gemacht. Ausgangssperren, Impfpflicht – das soll unser Benchmark sein? Kommt dazu: Das alles haben wir geschafft, auch weil wir uns binnen weniger Monate mit gut 30 Milliarden Franken neu verschuldet haben. Wenn man das Krisenmanagement aus dieser Perspektive betrachtet, fällt die Bilanz dann doch sehr bescheiden aus.

Die zweite Abstimmung über das Covid-Gesetz hat die gehässige Debatte beruhigt. In einer direkten Demokratie haben Kritiker dasselbe Stimmrecht wie Befürworter. Einverstanden?

Plutzer: Einverstanden. Gleichwohl bleibt ein mulmiges Gefühl. Auch in der Schweiz konnte man nicht mehr offen diskutieren. Wer sich kritisch äusserte, wurde sofort in die Schwurbler-Ecke gestellt, zu den Verschwörungstheoretikern und «Covidioten». Was mich am meisten störte: Es zählte nur noch eine Meinung. Abweichler wurden weggedrängt. Das zog sich durch die ganze Gesellschaft, vom Küchentisch zum Arbeitsplatz bis hin zum Bundesrat und auch hinein in die Wissenschaft.

Bigler: Es hiess: Schaut, auf den Intensivstationen liegen nur Ungeimpfte. Natürlich liegen da vorwiegend Ungeimpfte, wenn das Risiko eines schweren Verlaufs durch die Impfung minimiert wird. Die Medien haben aus diesem logischen Sachverhalt ein dermassen bedrohliches Narrativ gemacht, dass der Druck auf die Ungeimpften enorm wurde.

Machen Sie nicht genau das Gleiche, wenn Sie etwa über die Covid-Task-Force herziehen? Sie fordern ihre sofortige Auflösung. Weil Ihnen ihre Erkenntnisse nicht passen?

Plutzer: Erstens hat die Task-Force ihre Mitglieder selbst ausgesucht. Andersdenkende sehr renommierte Wissenschaftler wurden ausgeschlossen. Zweitens hat die Task-Force immer wieder mit falschen Modellrechnungen und Szenarien Angst verbreitet. Und dann war da noch das Problem mit der Kommunikation. Wenn ich mich als Inhaber einer Firma extern beraten lasse, dann übernehme ich auch die Kommunikation nach aussen und schicke doch nicht meine Berater vor. Die Lageberichte der Task-Force implizierten eine Zeitlang politische Beschlüsse, die sich dann manchmal stark von jenen des Bundesrats unterschieden. Das verunsichert die Bevölkerung.

Bigler: Natürlich braucht es den Miteinbezug der Wissenschaft. Aber die Task-Force hat sich aufgeführt wie eine Lobbyvereinigung. Sie hat den Bundesrat regelrecht vor sich hergetrieben. Nicht nur ihre Prognosen waren teilweise kreuzfalsch, auch ihre Stellung innerhalb des Krisenmanagements ist fragwürdig. Das Gremium ist demokratisch nicht legitimiert, hat kein Pflichtenheft, und die Mitglieder sind nicht an das Vertraulichkeitsprinzip gebunden.

Dabei kennt der Bund eine Expertenkommission für die Pandemie Vorbereitung und -bewältigung.

Bigler: Eine Kommission, die just für eine solche Pandemie vorgesehen wäre. Und die während der Krise kein einziges Mal getagt hat. Selbst Daniel Koch, der zu Beginn der Pandemie verantwortlich war beim BAG, hat neulich gesagt: Es sei ein «absoluter Fehler» gewesen, diese Kommission nicht zu aktivieren und im Gegensatz dazu eine Task-Force zu mandatieren.

Dann ist es ein Führungsproblem. Man kann der Task-Force schwerlich vorwerfen, dass sie ihre Milizaufgabe ernst nahm.

Bigler: Nein, aber dieses altruistische Gebaren finde ich völlig daneben. Die Task-Force-Mitglieder haben immer betont, dass sie das alles freiwillig und gratis machen. Dabei sind die meisten während der Arbeitszeit ihrer Professur unterwegs, und jede Professur in der Schweiz ist eine Staatsstelle. Die anständigen Löhne der Task-Force werden ohnehin von den Steuerzahlern bezahlt.

Sie teilen hart aus, mussten aber auch einstecken. Herr Plutzer, mit Ihrer Dauerkritik sind Sie selbst in Ihrem Verband unter Druck geraten.

Plutzer: Fake News.

Fake News?

Plutzer: Sagen wir es so: Ich bin wohl unter die Ringier-Walze geraten.

Mitglieder des Gastroverbandes haben Sie mehrfach öffentlich kritisiert.

Plutzer: Natürlich haben auch wir im Verband hart um unsere Positionen gerungen. Aber bei den regelmässigen Konferenzen mit den Präsidenten der Kantonalverbände haben wir unsere Entscheide immer mit grossen Mehrheiten getroffen. Bei 20 000 Mitgliedern und 26 Kantonalsektionen findet man immer auch Gastronomen, die es anders sehen. Aber das Bild, das die Medien erzeugten, war völlig einseitig.

In letzter Zeit ist es auf dem Boulevard ruhiger geworden um Ihre Person. Warum?

Plutzer: Ich liess den «Blick» abmahnen.

Sie sind juristisch vorgegangen?

Plutzer: Nur so viel: Man wollte meine Vergangenheit mit derart bedenklichen Fragestellungen durchleuchten, dass ich mich gezwungen sah, meine Privatsphäre zu schützen. Man hielt mich offenbar für eine Gefahr für das Regime.

Schauen wir noch in die Zukunft: Was muss die Schweiz aus der Krise lernen?

Bigler: Wir müssen unbedingt unser Demokratiedefizit beheben.

Demokratiedefizit? Welches andere Land auf dieser Welt konnte zweimal über die Corona-Politik abstimmen?

Bigler: Ich meine damit nicht die direktdemokratischen Mittel. Der Bundesrat hat die Pandemie vor allem auf dem Rücken der sozial und wirtschaftlich Schwächeren bekämpft. Menschen mit tiefen Einkommen waren die Hauptleidtragenden der Corona-Politik. Dazu kommen die Jungen: Sie wurden nicht nur massiv in ihren Freiheiten beschneidet, sie müssen in den kommenden Jahren auch die 30 Milliarden Franken Schulden wieder abbauen. Und als sich der Bundesrat vollends in der Gesundheitspolitik verannte, haben die Kontrollmechanismen zwischen Parlament und Regierung versagt. Das ist eine nüchterne Analyse und keine Kritik am Bundesrat. Er hat lediglich die Kompetenzen wahrgenommen, die ihm das Epidemien-gesetz gibt. Hier müssen wir über die Bücher.

Können Sie zur Abwechslung etwas Positives sagen? Was hat der Bundesrat gut gemacht?

Bigler: Die schnelle Bereitstellung der Liquiditätskredite zu Beginn der Pandemie war eine solide Leistung. Hier kann man den Finanzminister Maurer und die Banken loben. Auch die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsminister Guy Parmelin war sehr pragmatisch, etwa beim erleichterten Zugang zur Kurzarbeit. Wobei ich auch hier in aller Bescheidenheit festhalten muss: Es waren die Verbände und die Sozialpartner, die die Arbeitsmarkt-massnahmen mit ausgestaltet haben. Das Parlament ging ja nach Hause.

Plutzer: Die rasche Reaktion des Bundesrats zu Beginn der Pandemie blieb quasi das einzige Highlight der Corona-Politik.

Wertvolles erkennt man oft erst im Nachhinein. Die Pandemie hat doch auch gezeigt, wie sehr die Gastronomie in diesem Land geschätzt wird.

Plutzer: Wir bedienen pro Tag rund 2,5 Millionen Menschen. Die Gastronomie erfüllt eine wichtige soziale Funktion. Ich freue mich, wenn diese Erkenntnis die Pandemie überdauert.

Herr Bigler, was nehmen Sie mit für die Zukunft?

Bigler: Die flexible Arbeitsweise rund um das Home-Office wird in vielen Branchen bestehen bleiben. Es wird akzeptabel sein, wenn jemand vielleicht ein, zwei Tage von zu Hause aus arbeitet und vielleicht auch einmal zu ungewohnter Stunde joggen geht. Das bedeutet, dass wir jetzt auch ein entsprechendes offenes Arbeitsgesetz brauchen. Das Land hat in der Pandemie – vielleicht mit Ausnahme des BAG mit seinen Faxgeräten – einen Digitalisierungsschub erhalten. Dieser Entwicklung müssen wir Rechnung tragen.

Herr Bigler, Herr Platzer, der Bundesrat hat das Ende der Corona-Massnahmen eingeleitet, und Sie streiten um die Namensgebung für den Ausstiegstag. Sie fordern einen Freedom-Day.

Casimir Platzer: Ja. Doch für Bundesrat Alain Berset tönt dieser Name zu kriegerisch.

Hans-Ulrich Bigler: Dabei war es der Bundesrat, der sich der Kriegsrhetorik bediente.

Kriegsrhetorik?

Bigler: Ja, wenn eine Regierung wochenlang propagiert: «Bleiben Sie zu Hause!», dann hört sich das für mich so an, als wären wir im Krieg und in der Ausgangssperre.

Platzer: Berset spricht ja jetzt von «Freudentagen».

Alt Bundesrat Adolf Ogi hat neulich gesagt, die Regierung hätte zwischendurch einmal eine Aktion «Danke schön» lancieren können.

Platzer: Danke wofür?

Danke für alle, die als gute Staatsbürger mitmachen und die Massnahmen brav mittragen.

Bigler: Mit Verlaub, aber ich bekomme Zustände, wenn ich so etwas höre.

Also kein Danke-Tag?

Bigler: Sollen wir uns jetzt im Ernst noch dafür bedanken, dass wir unsere Grundrechte zurückerhalten?

Platzer: Ein Dankeschön der Regierung an diejenigen Menschen, die grosse Opfer erbracht haben, wäre eine sympathische Geste. Ich denke in erster Linie an die jüngeren Generationen und an die Angehörigen der Branchen, die von Kurzarbeit und Schliessungen betroffen waren. Die Opfer, die diese Menschen erbracht haben, sind enorm.

Für Sie beide geht der Ausstieg zu langsam. Können Sie nicht für einmal mild kommentieren?

Platzer: Wie oft in den letzten zwei Jahren hat der Bundesrat eine Vernehmlassung in nur wenigen Tagen durchgepeitscht? Und jetzt braucht er zwei Wochen zum Öffnen? Massnahmen wie das Covid-Zertifikat sind längst obsolet geworden mit der Omikron-Variante, mit der sich alle, egal ob genesen, geimpft oder nicht geimpft, überall anstecken können.

Es gibt Betriebe, die brauchen eine gewisse Vorlaufzeit, um sich auf die Normalität wieder einstellen zu können.

Platzer: Nicht in der Gastrobranche. Wir wollen endlich wieder einmal alle Gäste bewirten dürfen.

Die KMU sind womöglich froh, wenn sie sich vor der Öffnung noch warmlaufen können.

Bigler: So ein Argument ist doch völliger Unsinn! Jeder kann sich so viel Zeit nehmen, wie er will. Das ist jedem Betrieb selbst überlassen. Bundesrat Berset sagt seit dem vergangenen Sommer, dass man endlich von den Fallzahlen wegkommen solle und nur noch die Spitalkapazitäten entscheidend seien. Ich stelle heute fest: Die Situation in den Spitälern ist längst stabil. Also wird es höchste Zeit, den Bundesrat beim Wort zu nehmen und die Massnahmen sofort fallenzulassen. In den Betrieben will man so rasch wie möglich wieder normal arbeiten können. Ohne Eingriffe in die Grundrechte.

Die Wirtschaftsfreiheit wird von der Bundesverfassung garantiert ...

Bigler: ... und sie wurde jetzt zwei Jahre lang aufgehoben, amtlich verfügt vom Bundesrat.

Dieser Eingriff wurde weniger emotional diskutiert als die Beschneidung der persönlichen Freiheiten. Fehlt es an Verständnis für das Gewerbe?

Bigler: Wir haben in der Pandemiebewältigung das Gleichgewicht zwischen gesellschaftspolitischen, wirtschaftspolitischen und gesundheitspolitischen Aspekten komplett verloren. Der Schwerpunkt wurde völlig einseitig auf die Volksgesundheit gelegt. Dabei haben Studien früh gezeigt: Je länger ein Lockdown dauert, desto überproportional grösser sind die wirtschaftlichen Schäden. Diese Dimension wurde nie ernsthaft diskutiert. Auch weil das Seco, das Staatssekretariat für Wirtschaft, ein Totalausfall war während der Pandemiebekämpfung.



Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler (links) und Gastrosuisse-Präsident Casimir Platzer, aufgenommen im Hotel Victoria in Kandersteg.

ANNICK RAMP / NZZ

«Berset hat sein einseitiges Spiel aufgezogen»

Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler und Casimir Platzer, der Präsident des Gastronomieverbandes Gastrosuisse, waren die härtesten Kritiker der Pandemiepolitik. Im Gespräch mit David Biner und Christina Neuhaus ziehen sie bittere Bilanz

